<< Hanauer Anzeiger vom 29.07.2014 >>

„Maibachs Amtsführung überprüfen“

BBB und SPD legen mit Kritik nach, FDP stimmt ein – Bürgermeister: „Es hat keinen Schaden gegeben“

Bruchköbel (cd/pm). Einen „vorsätzlichen und schwerwiegenden Bruch des Haushaltsrechts mit einem Gesamtschaden von fast 373 000 Euro zu Lasten der Stadt“ werfen der Bruchköbeler Bürgerbund (BBB) und die SPD-Fraktion Bürgermeister Günter Maibach (CDU) in einer gemeinsamen Pressemitteilung vor. Maibach reagiert erbost und weist die Anschuldigungen „aufs Entschiedenste“ zurück, wie er gegenüber dem HA erklärt. Sein Rechtsanwalt werde sich mit den Vorwürfen beschäftigen, die alle nicht der Wahrheit entsprächen. „Es hat keinen Schaden gegeben“, macht Maibach weiter deutlich.

In der vergangenen Sitzung der Stadtverordneten sollten diese wie berichtet verschiedenen überplanmäßigen Ausgaben zustimmen; eine Vorlage wurde nach Diskussionen jedoch von einer großen Mehrheit abgelehnt, eine weitere von Maibach zurückgezogen.

Bei sogenannten überplanmäßigen Ausgaben werde die Haushaltshoheit der Stadtverordnetenversammlung umgangen. Deswegen seien diese nur unter engen Voraussetzungen rechtlich zulässig, nämlich dann, wenn sie weder vorhersehbar noch unabweisbar gewesen seien, so SPD und BBB. „Diese Voraussetzungen waren ganz offensichtlich in keinem der vier Fälle erfüllt.“ Wenn Maibach nun im Nachhinein davon spreche, es handele sich nur um „Umbuchungen“, verschlechtere er die Situation und seine Lage damit weiter.

Die Finanz- und Haushaltspraxis des Bürgermeisters nach Gutsherrenart und gegen Recht und Gesetz könne so nicht mehr hingenommen werden. Aus den vier aktuellen Vorlagen des Bürgermeisters gehe eindeutig hervor, dass bei der Haushaltsaufstellung gegen die Grundsätze der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit verstoßen werde, Nachtragshaushalte nicht vorgelegt worden waren, obwohl dies nach Gesetz in den Haushaltsjahren 2011, 2012 und 2013 hätte geschehen müssen. Außerdem seien dann ungenehmigte und nicht genehmigungsfähige Ausgaben getätigt wurden, die bereits den Tatbestand der Haushaltsuntreue erfüllen könnten.

Da die Vorgänge noch dazu teils bis ins Jahr 2011 zurückreichten, sei zu befürchten, dass es noch weitere derartige Fälle gebe. SPD und BBB fordern in ihrer Mitteilung die Kommunalaufsicht auf, die Amtsführung Maibachs als Finanzdezernent von Grund auf zu überprüfen und für die Zukunft eine ordnungsgemäße Finanzverwaltung sicherzustellen. Die Bürger hätten ein Recht darauf, dass mit ihren Steuergeldern rechtmäßig umgegangen werde, so die Fraktionen abschließend.

Maibach: „Habe korrekt gehandelt“

Auch die FDP äußert in einer Mitteilung ihr Unverständnis über die Vorgänge. Die vom Magistrat erbetenen Entscheidungen seien „nicht tragbar“. Sprecherin Sylvia Braun verweist wie SPD und BBB darauf, dass bei einer der Ausgaben sogar in der Begründung auf die Vorhersehbarkeit eingegangen werde. „Es ist zu vermuten, dass durch die bereits jetzt von der Kommunalaufsicht geforderten Jahresabschlüsse diverse Unregelmäßigkeiten nachträglich abgesegnet werden sollen“, so Braun. Richtigerweise hätte es aber eines Nachtragshaushaltes bedurft, betont die FDP.

Maibach verneint dies. „Wir haben für alle Ausgaben Deckungsvorschläge gemacht. Es ist daher keine Mehrausgabe durch die Hintertür erfolgt.“ Deswegen müsse kein Nachtragshaushalt aufgestellt werden, abgesehen davon, dass ein solcher erst ab einer höheren Summe notwendig sei. „Die Grundsätze der Haushaltswahrheit und -klarheit sind nicht verletzt worden“, so Maibach, der überzeugt ist, rechtlich korrekt gehandelt zu haben. „Nach Gutsherrenart hat mein Vorgänger (Michael Roth, CDU, Anm. d. Red.) agiert“, stellt der Bürgermeister klar. Zudem verwehrt sich Maibach gegen den Vorwurf, mit Steuergeldern nicht korrekt umzugehen.

Die FDP kritisiert zudem die „verschleppte Umsetzung“ von Haushaltsbeschlüssen 2014. So sollte laut Pressemitteilung die Neufassung der Kita-Gebührensatzung nach Beschlusslage vom Februar im ersten Halbjahr 2014 dem Parlament zur Beratung und Entscheidung vorgelegt werden. Die Satzung sei den Fraktionen bisher jedoch nicht einmal zur Kenntnis gegeben worden und liege weiterhin zu Beratung im Magistrat, so die FDP.

Braun merkt dazu an: „Schaut man sich an, wie lange in anderen Kommunen über eine Neugestaltung der Kita-Gebühren öffentlich diskutiert wurde, ist es unverständlich dass der Magistrat diese Zahlen weiter hinter verschlossenen Türen verhandeln will.“ Besonders verwunderlich sei zudem, dass die nach der Kommunalwahl auf Bestreben der CDU eingerichtete Kommission für Familien bisher nicht in den Beratungsprozess eingebunden worden sei, wäre dies doch per Definition eine originäre Aufgabe einer solchen Kommission gewesen, so Braun weiter.

Außerdem werfte dies Fragen hinsichtlich der Verlässlichkeit der Haushaltsplanungen Maibachs auf, seien die Erhöhungen durch geplante Erhöhung der Kita-Gebühren bereits für 2014 im Haushalt eingeplant gewesen und nur auf Bestreben des Parlamentes aus den Planungen mit der Verpflichtung die Satzung im ersten Halbjahr 2014 dem Parlament vorzulegen herausgenommen worden. „Eine Wirksamkeit der Änderungen für den kommenden Haushalt scheint für die FDP Fraktion nun mehr als fraglich, obwohl die Mehreinnahmen im beschlossenen Konsolidierungspfad doch eine feste Größe darstellen.“

Ebenfalls im Februar wurden laut FDP vom Parlament Gespräche des Bürgermeisters mit den örtlichen Vereinen hinsichtlich möglicher Einsparpotentiale gefordert. „Greifbare Ergebnisse konnten jedoch auch dazu nicht vorgelegt werden“, kritisiert FDP-Magistratsmitglied Jürgen Schäfer. Auch von der noch im Juni angekündigten Initiative Maibachs zum weiteren Vorgehen in der Innenstadtentwicklung sei bisher leider nichts zu sehen, ergänzt der FDP-Stadtverordnete Dr. Volker Wingefeld. Dabei wäre das Herbeiführen einer Entscheidung längst überfällig.

Liquiditätsengpass befürchtet

Wie Bürgermeister Maibach auf der Sitzung der Stadtverordneten erklärt hatte, hat die Stadt Bruchköbel Liquiditätsprobleme zu befürchten. Die Höhe der Kassenkredite sei auf 30 Millionen Euro begrenzt worden, 1,6 Millionen Euro weniger als von der Finanzverwaltung vorgesehen. Nach seinen Berechnungen würden, wenn alle Haushaltsansätze bis Ende 2014 in Anspruch genommen würden, insgesamt sogar 32,3 Millionen Euro Kreditvolumen benötigt. Es sei demnach wahrscheinlich, dass es zu einem „starken Liquiditätsengpass“ komme.

Der Konsolidierungspfad für das erste Halbjahr 2014 sei allerdings wie beschlossen umgesetzt worden. Die Summe der Erträge etwa liege bei rund 17,7 Millionen Euro, in etwa also der Hälfte der zu erwartenden Einnahmen laut der Haushaltsansätze für das Jahr 2014.